



Der kommende Balkanpakt

Gibt Italien seine revisionsfreundliche Politik in Südosteuropa auf?

Eine Zeitlang hatte es den Anschein, als sollte vom Südosten Europas her mit der Verwirklichung der Revision der Friedensverträge ein Anfang gemacht werden. Die italienische Politik, die in diesem Gebiet ihre besondere Domäne sieht, war zweifellos auf eine Korrektur gewisser territorialer Unmöglichkeiten der Staatenbildungen vom Jahre 1919 gerichtet, und vielleicht hat sich Mussolini schon in der Rolle des friedlichen Triumphators gesehen, der durch den Ausgleich der vorhandenen Spannungen und Gegensätze für die Konsolidierung des Südostens so wesentliches erreichte, daß ihm daraufhin auch die politische Führung dieses Teils von Europa zugefallen wäre. Und darum geht sein Ehrgeiz. Es ist ein stilles, aber zähes Ringen zwischen Italien und Frankreich, was sich da abspielt.

Nach dem Besuch des griechischen Außenministers Magimos in Rom muß man wohl sagen, daß die italienische Politik, soweit sie auf das Ziel eines Balkanfriedens durch Revision und damit die Herstellung eines Uebergewichts von Rom über Paris orientiert war, eine Enttäuschung erlitten hat. Herr Magimos ist Herrn Mussolini zu Dank verpflichtet, denn ohne die freundschaftliche Vermittlung des italienischen Regierungschefs wäre die Entente cordiale zwischen Griechenland und der Türkei, die in diesem Jahre eine hundertjährige Feindschaft zwischen den beiden Staaten beendete, nicht zustande gekommen. Dieser Bloß, der in den Gebieten um das östliche Mittelmeer eine politische Macht von erheblicher Schwerkraft darstellt, wird zwar sicherlich nicht in das Staatensystem Frankreichs eingereiht werden können, aber es hat auch gar nicht den Anschein, daß er geneigt wäre, sich unter die Vormundschaft Italiens zu stellen. Und nicht nur das; er hat das Bestreben, Kristallisationspunkte einer durchaus selbständigen, von allen westeuropäischen Einflüssen abgehängten Balkanstruktur zu sein, in die Rumänien, Jugoslawien und, wenn es möglich ist, auch Bulgarien einbezogen werden soll.

Dabei würden Rumänien und Jugoslawien in ihren Bindungen an die Kleine Entente nicht irgendwie beeinträchtigt werden sollen. Im Gegenteil, die haben, die durch sie zur Kleinen Entente und — das muß man sich allerdings in Rom sagen — dadurch auch zu Frankreich führen, werden als Stärkung des Balkanblocks durchaus begrüßt. Dieser Balkanblock selbst aber ist als ein reines Zweckgebilde zur Erhaltung des status quo und zur Abwehr aller revisionspolitischen Bestrebungen gedacht. Der Gedanke der Mussolinischen Friedenspolitik hat hier eine durchaus unerwünschte Ausdehnung erfahren, indem man ihn auf die Erhaltung des Bestehenden abstellte, die Idee einer Friedenssicherung durch vernünftigen Ausgleich der in diesem bestehenden Zustände enthaltenen Spannungen aber beiseite schiebt.

Ein Balkanpakt mit antirevisionspolitischer Tendenz richtet sich in erster Linie natürlich gegen Bulgarien, das Revisionsansprüche angemeldet hat, die sich vor allem gegen Griechenland richten müßten, von den Fragen, die gegenüber der Kleinen Entente anhängig zu machen wären, abgesehen. Bulgarien erklärt, von Griechenland die Zusage eines Zugangs zum Ägäischen Meere erhalten zu haben. Die jüngsten Zusammenkünfte der Könige von Bulgarien und Jugoslawien sind in Athen mit einigem Argwohn beobachtet worden. Man fürchtete, daß bei dieser Gelegenheit Vereinbarungen über eine Unterstützung der nationalen Ansprüche Bulgariens durch Belgrad getroffen werden sollten. Man war aber auch über die Haltung Italiens beunruhigt, und das vielleicht mit einigem Recht. Noch am 1. Januar hat die „Stampa“ einen langen Artikel veröffentlicht, in dem sie der Parole: „Der Balkan für die Balkanvölker!“ widersprach, und darauf hinwies, daß gerade die Balkanvölker ja immer wieder die politische und wirtschaftliche Hilfeleistung ihrer westeuropäischen Freunde anriefen und sich also nicht wundern dürften, wenn die Westmächte ihre Rolle in Balkanangelegenheiten setzten. Der Artikel nahm sich dann insbesondere der bulgarischen Ansprüche gegen Griechenland an und behauptete, die meisten der 44 Forderungen, die Bulgarien erhob, seien zu Recht gestellt. In der Tendenz entspricht dieser Artikel durchaus dem, was die italienische Politik Bulgarien gegenüber auch bisher schon vertreten hat, und wenn Herriot vor einigen Monaten bei seinem Besuch in Sofia, der Bulgarien in das politische System Frankreichs eingliedern sollte, eine höfliche aber etwas lählige Aufnahme fand, so wohl vor allem deshalb, weil man sich unter dem Schutze des italienischen Freundes wohl fühlen sollte. Von Frankreich war eine Unterstützung der Revisionspolitik Bulgariens kaum zu erhoffen.

Nun hat sich aber in den wenigen Tagen zwischen dem 1. und 5. Januar ein merkwürdiger Auffassungswandel in Italien vollzogen. Am 5. Januar veröffentlichte das dem italienischen Außenministerium nahestehe-

Tagespiegel.

Die Arbeitsmarktlage weist am Ende des Monats Dezember die erwartete saisonmäßige Steigerung auf, die mit dem winterlichen Wetter zusammenhängt.

Die Denkschrift der Regierungskommission des Saargebiets erweist sich als ein übles Tendenzwerk, deren Urheber ein paar von Deutschland verfolgte Emigranten sind.

In Paris wurde das französisch-russische Handelsabkommen nunmehr unterzeichnet.

In Leipzig wurde der Haupttäter bei der Reichstagsbrandstiftung, van der Lubbe, durch das Volksgericht verurteilt.

In Bremerhaven wurde das Dänische-Schiff „Mopelia“ feierlich eingeholt.

Die am 22. Januar anberaumte Tagung der Abrüstungskommission des Völkerbundes soll weiter verschoben werden.

„Giornale d'Italia“ einen Aufsatz aus der Feder seines Chefredakteurs Virginio Gayda, der ganz andere Ansichten zum Balkanproblem vorträgt. Er schreibt, in den Beziehungen zwischen Athen und Sofia müßten vielleicht gewisse Stimmungen und der eine oder andere Punkt richtiggestellt werden, und bekennt sich zu dem Gedanken des Abschlusses eines Balkanpaktes. Die Beteiligung Griechenlands, der Türkei, Jugoslawiens und Rumaniens an einem solchen würde durchaus die Sympathie Italiens haben, da auf diese Weise die Rechte der Balkanvölker gegen alle umstürzlerischen Tendenzen oder gegen Tendenzen, die auf die Vorherrschaft eines Staates gerichtet seien, geschützt würden. Ein solcher Pakt würde das System der bestehenden Mittelmeerverträge in nützlicher Weise in dieser unsicheren und gefährlichen politischen Zone vervollständigen. Man kann sich vorstellen, das dieser Artikel in den politischen Kreisen Sofias einiges Ersauern ausgelöst hat. Der Balkanpakt, den Griechenland betreibt, ist nun einmal als Instrument zur Abwehr jeglicher Revisionspolitik gedacht, und wenn man sich darum bemüht, auch Bulgarien für ihn zu gewinnen, so wird der Preis, den man in Gestalt von wirtschaftlichen und finanziellen Zugeständnissen zahlen will, dort doch nicht als ausreichend für die verlangte Aufgabe der nationalen Aspirationen angesehen.

Herr Magimos hat Herrn Mussolini seine Ideen vorgebracht, und wenn man den Erklärungen des griechischen Außenministers folgen darf, dann hat der italienische Regierungschef sie gebilligt. Nachdem Magimos nun schon in Paris und Rom die Zustimmung für seine Politik gefunden hat, ist er nach London abgefahren, um auch das englische Placet zu erhalten. Damit werden möglicherweise für eine Weile die Dinge im Südosten in einen neuen Zustand der Erhaltung geraten.

Die Arbeitsmarktlage im Dezember

Rund 4 Millionen Arbeitslose

Berlin, 10. Jan. Der Arbeitsmarkt stand — wie die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung berichtet — im Dezember unter dem Einfluß des außergewöhnlichen Kälteeinfalls in der ersten Hälfte des Monats, der sich — Tiefenwirkung des Frostes — in der ganzen Berufszeit hemmend bemerkbar machte. Die Außenarbeiten müßten daher in erheblichem Umfange eingestellt werden und eine starke Belastung des Arbeitsmarktes blieb unvermeidbar. 343 000 bisher beschäftigte Arbeitnehmer wurden wieder in die Betreuung der Arbeitsämter übernommen. In den vorhergehenden Jahren waren die Steigerungen im Dezember erheblich höher (1930 plus 685 000, 1931 plus 608 000, 1932 plus 418 000). In Anbetracht des Umstandes, daß gegenüber dem November 1932 rund eine Million Arbeitslose mehr in den Außenberufen Arbeit gefunden hat und dadurch eine höhere Gefährdung des Arbeitsmarktes bestand, ist die Zunahme in diesem Jahre gering.

Von dem Gesamtzugang sind rund 300 000 Angehörige der Außenberufe. Da aber gerade in den Außenberufen auch für die Folgezeit durch die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen Arbeitsmöglichkeiten in außerordentlich starkem Umfange zur Verfügung stehen, so wird es im wesentlichen von der Witterung abhängen, wann die entlassenen Arbeitskräfte wieder zur Einstellung kommen.

In den einzelnen Landesarbeitsamtsbezirken ist je nach der wirtschaftlichen Eigentümlichkeit und der Abhängigkeit von winterlichen Einflüssen die augenblickliche Verschlechterung des Arbeitsmarktes verschieden. Sie ist am stärksten in den Bezirken in Erscheinung getreten, in denen die Außenberufe überwiegen. Die industriellen Bezirke sind dagegen von dieser Entwicklung weniger betroffen. So kann z. B. in Brandenburg, Westfalen, Rheinland, Posen, in den mehr konjunkturell beeinflussten Berufsgruppen eine weitere Abnahme der Arbeitslosigkeit festgestellt

werden, ein Zeichen für die stark saisonmäßige Einwirkung auf dem Arbeitsmarkt.

Bei den Arbeitsämtern wurden Ende Dezember rund 4 058 000 gegen 3 715 000 Arbeitslose Ende November gezählt. Der Zugang entfiel in erster Linie auf die Arbeitslosenversicherung (Stand rund 554 000) und Krisenfürsorge (Stand rund 1 175 000). Durch die Reichsanstalt wurden somit insgesamt rund 1 729 000 Hauptunterstützungsempfänger betreut neben 1 410 000 anerkannten Wohlfahrtserwerbslosen. Die Zahl der von der Reichsanstalt geförderten Kostensarbeitsnehmer ist infolge des Frostes um 123 000 auf 278 000 gefallen.

29 000 jugendliche bayerische Erwerbslose auf dem Lande untergebracht

München, 10. Jan. Der bayerische Ministerpräsident hat sich in seinem Arbeitsbeschaffungsprogramm zum Ziele gesetzt, die jugendlichen Erwerbslosen bäuerlicher Herkunft aus den Städten auf das Land zurückzuführen und sie in bäuerlichen Betrieben einzustellen. Dieses Arbeitsbeschaffungsprogramm des Ministerpräsidenten kann als vorläufig abgeschlossen betrachtet werden. Zusammen mit den durch die gleichlaufenden Maßnahmen des Reiches erschlossenen Arbeitsplätzen konnten rund 26 000 Landbesitzerstellen mit jugendlichen Erwerbslosen besetzt werden. Für fast 3000 weitere jugendliche ledige Erwerbslose waren Arbeitsplätze bereitgestellt, doch haben diese die öffentliche Unterstützung verzichtet. Ihr Unterkommen ist offenbar auf andere Weise gesichert. Insgesamt konnten also 29 000 erwerbslose Jugendliche in Bayern von der Landhilfe erfasst werden.

Staviski-Krise in Frankreich

Selbstmord oder Mord?

Paris, 10. Jan. Die Angelegenheit des Schwindlers Staviski erregt die Gemüter in Frankreich in zunehmendem Maße. Neben der Ansicht, daß Staviski gar nicht Selbstmord begangen habe, sondern von seinem Begleiter im Auftrag der Polizei erschossen worden sei, taucht die Behauptung auf, es sei gar nicht Staviski, sondern ein anderer Mann erschossen worden, um den Tod Staviskis vorzutäuschen. Deshalb wurden von den Ärzten vor der Unternehmung der Leiche Fingerabdrücke genommen, die eine einwandfreie Feststellung an Hand der bei der Pariser Polizei vorhandenen Fingerabdrücke des Toten gestatten. Die ärztliche Untersuchung hat ergeben, daß Selbstmord sehr wahrscheinlich ist. Die Witwe Staviskis hat sich in Chamonix eingefunden und den Toten als ihren Gatten anerkannt. Bei dem Toten wurden etwa 100 000 Francs (16 000 RM.) in Bargeld und Scheids gefunden.

Weiteres Todesopfer?

Paris, 10. Jan. Der in den Staviski-Skandal verwickelte Direktor des Pariser Operettentheaters „Empire“, Dagotte, gegen den Haftbefehl erlassen worden ist, soll, wie „Journal“ berichtet, erklärt haben, auch er wolle seinem Leben ein Ende machen. Dagotte ist seit Dienstag mittag spurlos verschwunden.

Krawall vor der Kammer

Paris, 10. Jan. Kurz vor Beendigung der Kammerkennung kam es vor dem Palais Bourbon zu Zusammenstößen zwischen „Camelots du Roi“ und Polizei, die die Camelots an Kundgebungen verhindern wollte. Die jungen Leute streuten in die Stroßenbahnspalten Knallpatronen, die beim Vorüberfahren der Stroßenbahn explodierten und einige Aufregung hervorriefen. Dies benutzten die Camelots du Roi, um sich zu sammeln. Bei den Zusammenstößen wurden einige Personen leicht verletzt. Während die Polizei schätzungsweise 250 Kundgeber verhaftete veranstalteten die anderen ein Pfeifkonzert. Die ganze Szene war für den Film wie geschaffen und wurde von den Filmphotographen, die in Erwartung solcher Szenen erschienen waren, eifrig gefilmt.

Schrede im französischen Senat

Paris, 10. Jan. Anläßlich der Wiedereröffnung der Parlamentstagung hielt der Alterspräsident der Kammer keine außenpolitische Rede, dagegen streifte der Alterspräsident des Senats, Senator Damecour (Republ. Vereinigung), einige außenpolitische Fragen und kam auch in demagogischen Wendungen auf Deutschland zu sprechen. Deutschland habe sich — so erklärte er — von der Abrüstungskonferenz in dem Augenblick zurückgezogen, wo man gehofft habe, das gesteckte Ziel zu erreichen. Da England von der deutschen Aufrüstung sichere Kenntnis erhalten hätte, habe Deutschland seine Taktik geändert und möchte jetzt mit Frankreich verhandeln. Wenn man dem Einbruch in Belgien beigewohnt und wenn man die Eringerungen Stresemanns vor Augen habe, könne man gar nicht anders, als diesem Hin und Her zwischen Krieg und Frieden zu misstrauen. Aber die französische Regierung scheine entschlossen zu sein, sich an die Bestimmungen des Versailler Vertrages in engster Zusammenarbeit mit dem Völkerbund zu hal-



ten. Der Redner forderte von England eine eindeutige Erklärung in dem gleichen Sinne.

In der Kammer wurde der bisherige Kammerpräsident, der sozialistische Abgeordnete Bernard W. Johnson, mit 332 von 350 abgegebenen Stimmen wiedergewählt.

Van der Lubbe hingerichtet

Leipzig, 10. Jan. (Amtlich.) Die durch das Urteil des vierten Strafsenats des Reichsgerichts vom 23. Dezember gegen den Maurer Martin Van der Lubbe aus Leyden (Holland) erkannte Todesstrafe ist, da der Herr Reichspräsident von seinem Begnadigungsrecht keinen Gebrauch gemacht hat, Mittwoch morgen um 7.30 Uhr in einem Hofe des Landgerichtsgebäudes zu Leipzig mittels Fallbeil vollstreckt worden.

Berlin, 10. Jan. Zur Hinrichtung des Reichstagsbrandstifters van der Lubbe erfahren wir von zuständigen Stellen der NSDAP, daß an sich der wegen Hochverrat in Tateinheit mit vorzählicher Brandstiftung verurteilte van der Lubbe den Tod durch den Strang verdient hätte. Bei den maßgebenden Stellen der Partei sieht man jedoch auf dem Standpunkt, daß diese besonders schimpfliche Straftat gemeinen Verbrechens, insbesondere Landes- und Volksverräter, vorbehalten ist. Bei van der Lubbe handelt es sich trotz seiner gemeinen Tat immerhin um Ueberrückungsgestaltung. Selbstverständlich ist, daß es sich bei der Auswahl der Todesart um keinerlei Strafmilderung gehandelt hat.

Der Reichsgerichtsdienst des DVV, erzählt zu der bereits gemeldeten Hinrichtung des 25jährigen Maurers Martinus van der Lubbe noch nachstehende Einzelheiten:

Dem Delinquenten wurde die Mitteilung von der bevorstehenden Enthauptung am Dienstag nachmittag durch den obersten Anklagevertreter, Oberreichsanwalt Dr. Werner, in der Gefängniszelle gemacht. Van der Lubbe nahm die Mitteilung unbewegt entgegen und lehnte auf Befragen geistlichen Zuspruch ab. Auch machte er keinen Gebrauch von dem Anerbieten, Briefe an seine Angehörigen zu schreiben, und äußerte keinen weiteren Wunsch. Die Vollstreckung des Urteils wurde am Mittwoch morgen um 7.30 Uhr im umschlossenen Lichthof des Landgerichts in der Hartort-Strasse in Leipzig in Anwesenheit des Oberreichsanwalts Dr. Werner und des Sachbearbeiters Landgerichtsdirektors K. F. J. J. vollzogen. Vom Reichsgericht war Senatspräsident Dr. B. J. J. sowie drei weitere Mitglieder des erstinstanzlichen Strafsenats anwesend. Ferner wohnten zwölf vom Rat der Stadt Leipzig abgeordnete Gemeindevorsteher der Hinrichtung bei, sowie der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Seuffert, der holländische Dolmetscher Mayer-Collings, Kreishauptmann Dönitz, der Gefängnisgeistliche und zwei Gerichtsärzte. Pressevertreter waren nicht anwesend. Oberreichsanwalt Dr. Werner verlas den Urteilstenor und gab dann die Entschliessung des Reichspräsidenten bekannt, wonach er sich dafür entschieden habe, von seinem Begnadigungsrecht keinen Gebrauch zu machen. Darauf übergab der Anklagevertreter van der Lubbe dem Richter Engelhardt-Schmidlin durch Fallbeil vollzogen und verließ ohne jeden Zwischenfall. Nach vollzogener Hinrichtung stellte der Gerichtsarzt den Tod fest.

Um die Dollfuß-Politik

Vertrauliche Zusammenkunft der österreichischen Heimwehrführer

Wien, 10. Jan. Unter dem Vorsitz Starhembers traten sämtliche Bundesführer der Heimwehr zu vertraulichen Besprechungen zusammen. In der Besprechung soll über die grundsätzliche Haltung der Heimwehrführung zu dem verschärften Kampf der Regierung gegen die Nationalsozialisten beraten werden. Im Verlauf der Tagung kam es u. a. auch zu einer längeren Unterredung zwischen Bundeskanzler Dr. Dollfuß und Starhemberg.

Bekannt ist, daß seit langem innerhalb der Heimwehr verschiedene Strömungen herrschen und in den grundsätzlichen politischen Fragen vielfach weitgehende Meinungsverschiedenheiten bestehen. Bezeichnend hierfür ist die Erklärung des stellvertretenden Landesführers von Niederösterreich, daß die „Baterländische Front“ immer häufiger gegen alle Grundforderungen einer faschistischen Erneuerung verstoße und heute nichts anderes sei als eine Maske für die absterbende christlich-sozialistische Partei. Die „Baterländische Front“ sei nur eine Front der Parteipolitiker aus Angst vor den Nationalsozialisten. Es werde jedoch nicht mehr gelingen, den demokratischen und liberalen Kurs in Oesterreich unter irgend einem Namen

zu retten. Die Einheitsfront aller jünaren nationalen, faschistischen Kräfte in Oesterreich wachse. In diesem Kampfe gebe es kein Komпромiß innerhalb der Heimwehren.

Die Führertagung des Heimatschutzes wurde abgebrochen und vertagt. Die Landesführer wurden angewiesen, sich in Wien zur Fortsetzung der Beratungen bereitzubehalten. Die Auslegung der Tagung gilt weiteren Aussprachen des Führers Starhemberg mit Bundeskanzler Dollfuß über die von der Regierung zu verfassende Politik, worüber die Heimatschutzhelfer eine grundsätzliche Entscheidung erwarten. Bei den Besprechungen zwischen Dollfuß und Starhemberg soll es sich auch um die Frage handeln, wie weit der Kampf der Regierung gegen die Nationalsozialisten auf die vollständige Unterdrückung der Heimatschutzhelfer in den Ländern rechnen kann.

Aus der Unterbrechung der Führertagung kann geschlossen werden, daß die bisherigen Gegensätze innerhalb des Heimatschutzes gegenüber der Regierungspolitik noch keineswegs überbrückt sind und somit neue Versuche gemacht werden sollen, eine geschlossene Haltung der Heimatschutzhelfer im Kampf gegen den Nationalsozialismus zu ermöglichen.

Kunmehr Standrecht gegen die Nationalsozialisten in Oesterreich

Innsbruck, 10. Jan. Auf Grund der Ankündigung eines weiteren scharfen Vorgehens gegen die nationalsozialistische Bewegung seitens der Regierung wurde zum ersten Mal gegen Nationalsozialisten Anzeige an das Standgericht erstattet. Es handelt sich um den Sprengstoffanschlag in der Nacht zum 9. d. M. gegen den Gendarmenposten bei Bludenz. Obwohl die Täter, wie amtlich festgestellt ist, unbekannt sind, wurden sieben Nationalsozialisten verhaftet und gegen sie Anzeige beim Standgericht vorgenommen.

Nationalsozialistische Kundgebungen in Enns

Wien, 10. Jan. Zu großen nationalsozialistischen Kundgebungen kam es Dienstag abend in der Stadt Enns in Oesterreich. Es wurden Hakenkreuzfahnen abgebrannt und sabotage Papierbänke in der Stadt ausgelegt. Die Gendarmenposten wurden in ihrer Wache eingeschlossen. Enns ist der Sitz der Offizierschule des österreichischen Bundesheeres.

Notverordnung für die österreichische Fremdenverkehrsindustrie

Wien, 10. Jan. Infolge des Ausfalls des Fremdenverkehrs, der durch die Tausendmark-Sperre hervorgerufen wurde, richtete die österreichische Bundesregierung heran, eine zweite Notverordnung zur Hilfeleistung für die notleidende Fremdenverkehrsindustrie zu erlassen. Die erste dieser Notverordnungen behandelte die Zwangsverlängerung von Pachtzinsen. Die im Bundesblatt erscheinende Verordnung stellt fest, daß diejenigen Fremdenverkehrsbetriebe, welche ohne ihr Verschulden außerstande sind, aus den Betriebseinnahmen die laufenden Betriebsausgaben sowie die fälligen Kapitalrückzahlungen und Zinsen für Investitionskredite, die vor dem 1. Mai 1933 aufgenommen wurden, zu decken, die Aufsicht über ihre Geschäftsführung beantragen können. Ein solcher Antrag hat die Wirkung, daß weder der Konkurs eröffnet, noch ein Pfand- oder Befriedigungsrecht erworben werden kann.

Letland und Deutschland

Eine Kundfunkrede des lettischen Außenministers

Riga, 10. Jan. Montag abend hielt der lettische Außenminister Salnais im Rigaer Rundfunk eine bedeutsame außenpolitische Rede. In der u. a. ausführlich auf die Beziehungen zwischen Letland und Deutschland eingegangen und dabei in scharfster Form gegen die deutschfeindlichen Quertreiber der lettischen Marxisten Stellung nahm. Bemerkenswerter Weise berührte der lettische Außenminister mit keinem Wort die ebenso aktuelle Frage des russisch-polnischen Neutralitätsplanes für die baltischen Staaten.

Bei der Darstellung des Verhältnisses zwischen Letland und Deutschland wies der Minister zunächst darauf hin, daß die zeitweiligen Schwierigkeiten, u. a. der „Butterkrieg“ im Juli vorigen Jahres in einer beide Staaten bedrückenden Weise geregelt worden sei. Die Beziehungen zum Deutschen Reich hätten sich seit dieser Zeit in korrekter Form entwickelt. Dies hätte jedoch gewissen politischen Kreisen, vor allem den Sozialisten in Letland nicht gefallen. Die fast ohne Unterbrechung Angriffe voller Verdächtigungen und Unwahrheiten in Presse und Parlament gegen die außenpolitische Leitung Letlands gerichtet hätten. Dabei lehne sich der Minister veranlaßt, mit aller Bestimmtheit noch einmal die Haltung Letlands zu Deutschland

festzulegen. Ebenso wie allen anderen Staaten gegenüber müsse Letland seine Verträge und Abkommen mit Deutschland einhalten, ja, es wolle diese auch erfüllen, weil das im Interesse des lettischen Staates und Volkes liege. Die außenpolitische Leistung Letlands wolle in den Grenzen der Verträge alles tun, um die wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland zu erweitern und dafür zu sorgen, daß die Beziehungen zu Deutschland als Grobmacht freundschaftlich seien, ebenso wie auch Deutschland das gleiche wünsche und diesen Wunsch zu gutnachbarlichen Verhältnissen geäußert habe. Das Anglied sei nur, daß die Sozialisten etwas ganz anderes erreichen wollen. Ihr Ziel und ihre Wünsche seien, daß Letland als Staat den Marxisten zu Hilfe komme, um am Kampf für die Sozialistische Internationale teilzunehmen, diese mit erstaunlicher Begeisterung gerade in dem neuen Deutschland verloren haben. Die Sozialisten und ihre Gefinnungsgenossen hätten bei ihren Angriffen auf die Außenpolitik Letlands nur parteipolitische Absichten. Sie wollten die Macht des Staates dazu ausnützen, um damit die Stellung der 2. Internationale zu sichern. Es sei klar, daß sich auf diesen Standpunkt kein Außenminister stellen könne, dem an erster Stelle das Wohl seines Staates und seines Volkes stehe. Letland habe es weder nötig noch habe es das Recht, sich in das innere Leben eines anderen Staates einzumischen, ebenso wie es kategorisch jeden Versuch eines anderen Staates zurückweisen würde, sich in das innere Leben Letlands einzumischen, oder dieses zu beeinflussen.

Das kommende ReichsSparkassenrecht

Eröffnungssitzung in der Akademie für deutsches Recht

Berlin, 10. Jan. Unter dem Vorsitz des Präsidenten Dr. Klein fand am 9. Januar in Anwesenheit des Reichsjustizministers Dr. G. J. J. die Eröffnungssitzung des Reichsausschusses für Sparkassenwesen innerhalb der Akademie für deutsches Recht statt. Präsident Dr. Klein eroberte dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband gab einen Ueberblick über die wichtigsten Etappen der Sparkassenentwicklung der letzten Jahre und betonte, daß ein einheitliches ReichsSparkassenrecht geschaffen werden müsse. Mit diesem Reichsrecht solle ein Schlüsselpunkt unter die bisherige Gesetzgebung für das Sparkassenwesen gezogen werden. Natürlich müsse der bisherigen Entwicklung des Sparkassenrechts hierbei Rechnung getragen werden. Das neue ReichsSparkassenrecht müsse ein Rahmengesetz darstellen, in das Sonderbestimmungen für die einzelnen Länder und Provinzen eingearbeitet werden könnten. Es sei im übrigen zu erwägen, ob nicht auch die Revisionsfrage einer reichsrechtlichen Regelung bedürfe. Ausdrücklich wies der Vortragende darauf hin, daß der Unterausschuß sich nur eine rechtspolitische Aufgabe gestellt hat. Es ist also keineswegs an irgend eine Erweiterung des Geschäftsbereichs der Sparkassen durch die Tätigkeit dieses Ausschusses gedacht. Das neue Gesetz solle ein Teil des neuen nationalsozialistischen Wirtschaftsrechts im Sinne der Reichsregierung sein.

Polens Antwort an Danzig

Danzig, 10. Jan. Der Vertreter Polens übergab im Zusammenhang mit den kürzlich in Warschau geführten Besprechungen zwischen dem Präsidenten des Danziger Senats und Vertretern der polnischen Regierung zwei Erklärungen ab.

Marshall Bilsudski ließ im besonderen erklären, daß er die von Präsident Dr. Kaufmaning bezüglich des Verkehrs zwischen Danzig und Polen aufgestellten Grundzüge für bessere Formen des Verhältnisses zwischen Danzig und Polen für geeignet hält. Er hält es weiter für erwünscht, daß eine stufenweise verständnisvolle Beseitigung der bestehenden Schwierigkeiten die Normalisierung der Danzig-polnischen Wirtschaftsbeziehungen ermögliche. Der polnische Außenminister Beck ließ Vorschläge über eine Vereinigung der bestehenden Streitfälle in unmittelbaren Verhandlungen ohne Einreichung von Entscheidungsanträgen bei den Völkerbundsinstanzen überreichen. Zu den so zu behandelnden Fragen gehören u. a. die Entwicklung der kulturellen und wirtschaftlichen Interessen der polnischen Bevölkerung in Danzig. Mit Ausnahme der Verhandlungen ist sofort nach Beendigung der am 15. Januar beginnenden Fragen des Völkerbundesrates zu rechnen.

Die kommende Tagung des Völkerbundes

Genf, 10. Jan.

Der Vorsitzende der in der nächsten Woche beginnenden 78. Tagung des Völkerbundesrates wird der polnische Außenminister Beck sein. Für England wird Außenminister Simon und für Frankreich Paul Boncour an den Verhandlungen

gewillt sei, auch den Verpflichtungen, die ihm als Kirchenpatron von Rosenberg oblagen, in bestem Maße nachzukommen.

Er schloß mit einem Hoch auf Rosenberg im besonderen und auf den deutschen Bauern im allgemeinen.

Die Musik spielte einen Tusch dazu.

Dann spielten sie zum Erntetanz auf.

„Der Tanz für die Herrschaften von Rosenberg!“ sagte der Wirt laut.

Willfried lachte Elfe an und sagte: „Wollen Sie es mit mir probieren?“

Gothe engagierte Frau Käthe und Schaffranz die Mamsell.

Die drei Paare tanzten.

Elfe war selig im Tanz. Sie glühte wie eine Rose. Sie fühlte, wie der Tanz ihr Blut rascher fließen ließ. Es war ihr, als wenn eine schwere Last von ihr stieße, als wenn sie eine frohe, beseligende Lust erfülle.

Der Tanz war zu Ende.

Da traten drei Bauern von Rosenberg, der Wirt war mit dabei, zu den drei Frauen und engagierten sie.

Als die beiden Tänze zu Ende waren, da gab's abermals einen Tusch und dann begann der allgemeine Tanz.

Willfried verließ mit Gothe und seiner Schwester den Saal, um sich im Garten ein Plätzchen zu suchen.

Der Pfarrer schloß sich ihnen an, ebenso Schaffranz.

Die Mamsell und Elfe wollten das gleiche tun.

Über da waren sie schon eingeschlossen.

Ritche, der Reichwehrsoldat, war der erste, der mit Elfe tanzte, während Feldwebel Lehmann die Mamsell schwenkte.

„Feldwebel,“ sagte die Mamsell, „Sie tanzen noch wie ein Junger, und dabei sind Sie doch auch Mitte vierzig!“

„Stimmt! 48 Jahre, Mamsell!“

(Fortsetzung folgt.)

Kampf um Rosenberg

Roman aus Oberschlesien von Johannes Hollstein.

56. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Über auch im Herrenhause kargte man nicht mit dem Lob. Die Mamsell wälzte alles auf Elfe ab. Die hatte den Kuchen zu verantworten.

Elfe nahm rot wie eine Rose vor Berlegenheit die Lobsprüche in Empfang.

Willfried fuhr nachmittags gegen 4 Uhr mit Gothe, Frau Käthe, Schaffranz, Elfe und dem Feldwebel Lehmann zum Erntetanz. Die Mamsell ließ sich auf dem Wagen nicht mehr unterbringen. Elfe wollte verzichten, aber das jobs nicht.

Die Mamsell sagte, daß sie der Jante dann zusammen mit den Mädchen abholen solle.

So war die Frage aufs beste gelöst.

Die Soldaten wurden mit dem Lastauto nach Rosenberg, dem Dorf, gefahren.

Als sie einfuhren, da stürzten die Bewohner aus allen Häusern und winkten ihnen lachend zu.

Alle freuten sich.

Sollte eine Lust werden . . . fünfzig Soldaten . . . die alle gute Partien waren . . . denn wenn sie ihre zwölf Jahre hinter sich hatten, dann würden sie Staatsangestellte oder kriegten ein paar soffige Tausender mit auf dem Weg.

Als sie vor dem Wirtshaus zum „Weißen Hamm“ hielten, da kam ihnen der Rusche, der Wirt, mit der Musikkapelle entgegen.

Die Kapelle spielte einen Tusch und Rusche, der ein guter Vereinsredner war, rief herzlich: „Dorf Rosenberg grüßt Rittersgut Rosenberg!“

Das gab ein Hallo!

Die Soldaten stimmten ein lustiges Lied an und zogen nach dem Saale.

Oben stellten sie sich auf und warteten auf die Herrschaft.

Die ließ noch auf sich warten, denn Willfried wollte, daß man erst die brave Mamsell hole, mit der Schaffranz, so hatte er bestimmt, den ersten Tanz mit ihnen zusammen tun sollte.

Endlich waren sie alle beisammen.

Sie stiegen die ausgetretene Treppe, die nach dem Saal führte, der im ersten Stock lag, hinauf.

Als Willfried mit seinen Begleitern den Saal betrat, da spielte die Musik einen Tusch.

Der Wirt als Gemeindevorstand, umgeben von den Bauern, dem Lehrer, dem Pfarrer des Ortes, hielt eine Ansprache, in dem er Willfried das Lob aussprach, daß er aus dem Rittersgut in vorbildlicher Weise ein Ertragsgut schaffe.

Die Bauer spigten die Ohren und sahen sich an.

Was meinte der Rusche damit? Man wollte ihm dann mal auf den Pelz rücken!

„Aberall,“ so führte Rusche aus, „wo er hinhorche, überall nenne man ihn einen guten und gerechten Herrn, der sich mühe, für alle in der besten Weise zu sorgen.“

Er sprach die Hoffnung aus, daß künftighin das Verhältnis zwischen Gut und Dorf ein engeres würde, denn er sei ihr Patron, den sie als ihren Führer ansehen.

Willfried dankte in herzlichen Worten und versicherte, daß ihm an einem recht guten Verhältnis außerordentlich gelegen sei. Er bat zu entschuldigen, daß er bis heute den Verpflichtungen seiner Stellung als Kirchenpatron usw. noch nicht in dem Maße nachgekommen sei, wie sie es gewiß erwarteten hätten, aber man müsse berücksichtigen, daß er kurz vor der Ernte erst das Gut und seine Verwaltung übernommen habe. Künftig hoffe er mehr Zeit zu haben und die sollte dazu dienen, das Verhältnis zwischen Dorf und Gut zu festigen.

Auch an den mitanwesenden Pfarrer richtete er ein paar Worte, mit denen er kund tat, daß er von nun ab



teilnehmen. Es ist die erste Tagung des Rates seit dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund. Hauptgegenstand der Tagung wird die Volksabstimmung im Saargebiet sein. Zu der jetzt der Rat die Vorbereitungen zu treffen hat. Vor allem soll der Rat den Zeitpunkt der Abstimmung festlegen. Eine Verlautbarung des Völkerbundes erinnert daran, daß der Rat nach dem Versailler Vertrag „die Freiheit, das geheime Vorgehen und die Ehrlichkeit der Abstimmung zu sichern habe“. Außerdem habe der Rat, wie es in der Verlautbarung weiter heißt, nach der Abstimmung durch Mehrheitsbeschluß die Staatszugehörigkeit des Saargebietes zu bestimmen, indem er dem durch die Abstimmung ausgedrückten Wunsch der Bevölkerung Rechnung tragen werde.

Weiter ist von Interesse ein Brief des Danziger Völkerbunds-Kommissars, in dem dieser den Rat bittet, die Frage der Danziger Verfassung zu prüfen. Dabei erwähnt der Völkerbunds-Kommissar auch die Angelegenheit der verbotenen Zeitungen.

Ferner werden verschiedene Eingaben deutscher Kinderheitsangehörigen in Polen zur Verhandlung kommen.

Der Vorsitzende der Abrüstungskonferenz, Henderson, wird ebenfalls im Laufe der nächsten Woche eintreffen, um die Möglichkeiten einer Wiederaufnahme der Abrüstungsverhandlungen zu besprechen.

Neue Richtlinien für den Schutz des Einzelhandels

Der Reichswirtschaftsminister hat, wie das WZ-Büro meldet, neue Richtlinien für die Handhabung des Gesetzes zum Schutz des Einzelhandels aufgestellt und den Landesregierungen zugedacht. In diesen Richtlinien bringt der Reichswirtschaftsminister zum Ausdruck, daß bei der Entscheidung darüber, ob ein neuer Einzelhandelsbetrieb zugelassen werden soll oder nicht, die Interessen des Haus- und Grundbesitzes berücksichtigt werden sollen, der durch die wirtschaftliche Entwicklung nicht minder betroffen sei als der Einzelhandel. Ferner weist der Reichswirtschaftsminister darauf hin, daß in vielen Fällen die Anhörung der gesetzlichen Berufsvertretungen des Handwerks, des Einzelhandels usw. vorgeschrieben oder wenigstens empfehlenswert sei. Die Richtlinien klären auch eine Reihe von Zweifelsfragen, die bei der Durchführung des Einzelhandelsgesetzes aufgetreten sind, und geben insbesondere genauere Begriffsbestimmungen für Warenhäuser und Kaufhäuser. Abgrenzung zwischen Warenhaus, Kaufhaus, Einzelhandel und Handwerk. Verkaufsstellen, in denen zwar Waren mehrerer, nicht zusammenhängender Warengattungen, aber keine Lebensmittel, feilgehalten werden, seien nicht als „Warenhäuser“, sondern als Kaufhäuser anzusehen und deshalb nicht unter die Verbote zu stellen, die in der Verordnung über den Abbau der selbständigen Handwerksbetriebe in Warenhäusern vom 11. Juli 1933 ausgesprochen worden sind. Eine vorläufige Anwendung dieser Bestimmungen hält der Minister im übrigen insbesondere auf dem Lande geboten, wo die räumliche Vereinigung eines Gemischtwaren-Geschäfts mit einem Handwerksbetrieb nicht ausbleibe, das es sich um zwei von dem gleichen Unternehmer getrennt geführte Betriebe handle, welche in feinem inneren Zusammenhang miteinander stünden. In diesen Fällen würde die Weiterführung des Handwerksbetriebes nach wie vor erlaubt sein. Das gleiche gelte für die in ländlichen Verhältnissen vielfach vorkommende Verbindung eines Waren-Geschäfts mit einer Schankwirtschaft als selbständiger Betrieb in der Person eines Unternehmers.

Die französischen Saarschulen

Saarbrücken, 10. Jan. Die Blätter veröffentlichen einen Briefwechsel, der sich nach dem Röchlinaprosch wegen der Schulfrage zwischen Röchling und dem Generaldirektor Guilleaume, entwickelt hatte. Die Debauteung Guilleaumes, daß er sich entgegen der Aussage Röchlings im Prosch nicht mit Röchling über Schulfragen unterhalten habe, wird von Röchling zurückgewiesen. Röchling weist nochmals darauf hin, daß laut Zeugenaussagen im Prosch im Bereich der Berwerksdirektion ein Druck auf die Eltern ausgeübt worden ist, die Kinder in französische Schulen zu geben. Röchling erklärt, wer für persönliche Schicksale die Verantwortung trage, habe dafür zu sorgen, daß nicht nachgeordnete Beamte nach Willkür einen Teil der Bevölkerung mit Frau und Kindern vor die Wahl stellen, entweder zu hungern oder ihr Vaterland zu verraten.

Italien und die Abrüstungsfrage

Besuch des französischen Botschafters bei Mussolini
Paris, 10. Jan. Zu der Nachricht, daß Mussolini am Dienstag den französischen Botschafter empfangen hat, um ihn über seine Aussprache mit Sir John Simon zu unterrichten, weiß der Vertreter des „Matin“ in Rom zu melden, daß der Duce erneut den Wunsch seiner Regierung betont habe, möglichst schnell zu einem wenn auch bescheidenen Abrüstungsabkommen auf einer für alle Länder annehmbaren Grundlage zu gelangen. England halte an der allgemeinen progressiven kontrollierten Abrüstung auf der Grundlage des Macdonaldschen Planes fest. Italien trete für die allgemeine Beibehaltung der Rüstungen auf ihrem gegenwärtigen Stand und die praktische Anwendung der militärischen Gleichberechtigung für Deutschland ein. Die englische Auffassung habe sich also in Rom nicht durchsetzen können. Der Völkerbundsreformplan trete gegenwärtig etwas in den Hintergrund. Wahrscheinlich werde Italien keine entsprechenden Vorschläge machen.

Das Lüdner-Schiff „Mopelia“ heimgekehrt

Bremerhaven, 10. Jan. Die Bark „Mopelia“, die frühere „Vaterland“ des Grafen Lüdner, wurde im neuen Hafen feierlich eingeholt. In 28 Tagen hat der Segler die Reise Neunorl-Bremerhaven gemacht. In Rekordzeit jagte ihn der Sturm durch den Kanal, so daß er in Bremerhaven rund anderthalb Tage früher als erwartet eintreffen konnte. Graf Lüdner hatte sich zusammen mit dem Leiter der Deutschen Arbeitsfront in Niedersachsen, Darius-Hannover, und dem Kreisleiter der NSD, Kemmers-Bremerhaven, die die Vorarbeiten für die feierliche Einholung der „Mopelia“ geleitet haben, am Bord begeben. Die Grafen Lüdner, die von Juni 1929 bis November 1933 in Amerika gewohnt und in dieser Zeit teils mit ihrem Gatten, teils allein 411 amerikanische Städte besucht hatte, gab eine Schilderung von der Werbearbeit, die sie drüben für Deutschland geleistet hatten. Der Empfang war der Anziehungspunkt für Tausende, die sich in der Strandhalle einfanden, um den Lüdnerischen Biermajer-Schoner zu begrüßen. Das ganze Hafengelände wies reichen Flaggenschmuck auf. Nachdem zwei Schlepper den Segler langsam an den Pier buziert hatten, traten Graf Lüdner, Kapitän und Besatzung an die Reling und Oberbürgermeister Lorenzen begrüßte die Besatzung mit herzlichen Worten. Graf Lüdner dankte sichtlich gerührt für den Empfang und richtete wieder Worte des Dankes an Kapitän Lauterbach und seine Be-

schatzung, die die „Mopelia“ so sicher durch die Atlantikstürme geführt hätten. Ein Angehöriger der „Mopelia“-Besatzung gab in kurzer Ansprache seiner Freude über den warmen Empfang in der Heimat Ausdruck.

Das französisch-sowjetische Handelsabkommen

Paris, 10. Jan. Das französisch-sowjetische Handelsabkommen, das am Mittwoch nachmittag im Handelsministerium verabschiedet worden ist, stellt ein Protokoll dar. Die französische Regierung gewährt mit diesem Abkommen allen russischen Erzeugnissen, die keine Konkurrenz für französische Erzeugnisse darstellen, Zollbehandlung nach dem Mindesttarif. Wenn die Gefahr der Konkurrenz auftritt, soll sie durch die Anwendung von Kontingenten behoben werden. Die Sowjetunion verpflichtet sich, im Laufe eines Jahres Aufträge in Höhe von 250 Millionen Francs an Frankreich zu vergeben. Frankreich hat sich bereitgefunden, der Sowjetunion Kredite zu gewähren hinsichtlich der Diskontierung der sich aus den Aufträgen ergebenden Wechseln. Die französische Regierung gewährt der Sowjetunion ferner das Recht, eine offizielle Handelsvertretung in Paris zu unterhalten. Die französische Regierung wird einen Handelsattaché für Moskau ernennen. Das Abkommen enthält ferner eine Reihe von Klauseln über die Schifffahrt. Die Frage der Schulden ist im Abkommen nicht berührt.

Letzte Nachrichten

Die Reichsgründungsfeier des Kaffhändlerbundes

Berlin, 10. Jan. Zu der „Deutschen Weibestunde“ des Kaffhändlerbundes anlässlich der Wiedergeburt des Reichsgründungstages am 14. Januar im Berliner Sportpalast haben der Reichspräsident und eine große Zahl führender Persönlichkeiten von Reichs- und Staatsbehörden sowie der SA und SS ihr Erscheinen zugesagt. Ansprachen werden halten Reichsminister Stabschef Röhm und der Bundesführer des Kaffhändlerbundes, General der Artillerie a. D. von Horn.

Der erste Spatenstich zum Schutter-Entwässerungskanal

Dahz, 10. Jan. In Anwesenheit von Vertretern der staatlichen und Kommunalbehörden sowie vieler Kreise der Bevölkerung wurde am Mittwoch vormittag in Dahz-Dinglingen durch den bairischen Ministerpräsidenten Röhm der erste Spatenstich zum Schutter-Entwässerungskanal vorgenommen. Das Projekt, das 600 Volksgenossen Arbeit und Brot geben soll, wird in Zukunft eine Reihe von Gemeinden vor der Ueberschwemmungsgefahr bewahren.

Der diesjährige Katholikentag in Gleiwitz

Gleiwitz, 10. Jan. Als Feststadt für den diesjährigen Katholikentag ist endgültig Gleiwitz bestimmt worden. Der genaue Zeitpunkt der Tagung wird im Februar auf einer in Berlin stattfindenden Besprechung festgelegt werden.

Eine Ehrung des Ministers Dr. Fritsch durch den Führer

Berlin, 10. Jan. Wie der „Völkische Beobachter“ erzählt, hat der Führer dem Reichsinnenminister Dr. Fritsch, der soeben aus dem Urlaub zurückgekehrt ist, zu Weihnachten in Anerkennung seiner großen Verdienste sein Bild mit eigenhändiger Widmung überreicht. Die Widmung lautet:

„Herrn Minister Dr. Fritsch in aufrichtiger Freundschaft. Herzl. Adolf Hitler.“

Ein Verbot Dr. Vöns und Rudolf Heß

Berlin, 10. Jan. Der Stabsleiter der PD., Dr. Vöns, gibt folgendes bekannt: In der letzten Zeit laufen Meldungen ein, daß Parteigenossen, auch in führender Stellung, sich öffentlich in Wort und Schrift mit der zukünftigen Reichsreform beschäftigen. Der Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß, hat mich gebeten, mitzuteilen, daß jedem Parteigenossen in Zukunft bei strengster Strafe untersagt ist, sich in Wort und Schrift öffentlich mit Fragen der Reichsreform zu befassen.

Gauwarte für „Kraft durch Freude“

Berlin, 10. Jan. Wie das Propagandaamt der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ mitteilt, fand in den Räumen der Deutschen Arbeitsfront wieder eine Tagung aller Amtseleiter von „Kraft durch Freude“ statt. Am 20. Januar wird eine Gemeinschaftstagung sämtlicher Amtseleiter von „Kraft durch Freude“ in Berlin stattfinden, an der auch sämtliche Gauwarte für „Kraft durch Freude“ teilnehmen werden. Zu Gauwarten der neuen Organisation sind mittlerweile ernannt worden:

In Baden: Heinrich Steiger, Karlsruhe, Lammstr. 15;
In Württemberg-Hohenzollern: Ludwig Klemme, Stuttgart, Ranzlestr. 33.

Verchiebung des Zusammentritts des Abrüstungsbüros?

London, 10. Jan. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt in britischen Kreisen sei man der Meinung, daß der Zusammentritt des Abrüstungsbüros zu dem vorgesehenen Termin, dem 21. Januar, zwecklos wäre und daß der 29. Januar das früheste Datum wäre, an dem der Zusammentritt in Frage kommen sollte.

Norman Davis Ende Januar in Europa erwartet

Paris, 10. Jan. Der „Matin“ kündigt für Ende des Monats den Besuch Norman Davis' in Europa an. Es sei nicht ausgeschlossen, daß der auf den 21. Januar anberaumte Zusammentritt des Büros der Abrüstungskonferenz um einige Tage verschoben werde, um Norman Davis die Teilnahme an den Abrüstungsverhandlungen zu ermöglichen.



Herrn Dr. Jahn,

der evangelische Reichsjugendpfarrer, ist beauftragt, im Rahmen einer Neuordnung des evangelischen Jugendwerkes die Einleitung in die Hitlerjugend vorzubereiten und durchzuführen.

Der Mörder des Polizeimeisters Perske hingerichtet

Hamburg, 10. Jan. Der Mörder des Polizeimeisters Perske, Rudolf Ernst Lindau, der durch Urteil des hanseatischen Sondergerichts vom 30. September 1933 zum Tode verurteilt worden war, ist am Mittwoch morgen durch Enthauptung hingerichtet worden. Lindau hatte am 27. August 1931 dem auf dem Wege zum Dienst befindlichen Polizeimeister Perske in der Nähe des Hammerparks aufgelauert und ihn hinterlistig niedergeschossen, um ihn seiner Waffe zu berauben.

Riefenprozeß gegen bulgarische Kommunisten

Sofia, 10. Jan. Vor dem Militärgericht der Hafenstadt Warna begann ein aufsehenerregender Kommunistenprozeß. Auf der Anklagebank sitzen ein Offiziersadjutant, ein Dekoffizier, 20 Marineunteroffiziere, 15 Gefreite, 20 Matrosen und 12 Zivilpersonen, die sich wegen Zellenbildung in der in Warna stationierten Marineabteilung sowie wegen allgemeiner Verschönerungstätigkeit gegen die Staatsordnung zu verantworten haben. Wie mitgeteilt wird, haben einige Angeklagte durch die Funkstation eines bulgarischen Schiffes in ständiger Verbindung mit Odeffa gestanden. Auf Grund des Befehles zum Schutz des Staates hat der Staatsanwalt gegen 20 Angeklagte die Todesstrafe beantragt.

Württemberg

Erlaß des Württ. Kultministeriums über Zeugnishefte und Abschlußprüfungen in der Volksschule

Stuttgart, 10. Jan. Da mit einer Änderung der Bestimmungen über die Zeugnishefte zu rechnen ist, wird vorläufig von der Einführung von Zeugnisheften für die Schüler der Volksschulen abgesehen. Die Volksschulen, die bisher schon Zeugnishefte eingeführt haben, können die vorhandenen Vordrucke weiter benutzen. Es empfiehlt sich jedoch, von der Beschaffung eines über den Bedarf des laufenden Schuljahres hinausgehenden Vorrats abzusehen. Mit Rücksicht auf die bevorstehende Neuordnung des Schulwesens wird davon abgesehen, am Schluß des Schuljahres 1933/34 die in Aussicht genommene schriftliche Abschlußprüfung an den Volks- und Mittelschulen abzuhalten. Es bleibt vorbehalten, nach Inkrafttreten der in Vorbereitung befindlichen neuen Lehrpläne solche Abschlußprüfungen einzuführen.

Reichsstatthalter Murr weicht die Wilhelm-Reth-Schule

Stuttgart, 10. Jan. Mit einer kleinen Feier wurde am Dienstag nachmittag die Gebietsführerschule der Hitlerjugend in Sillenbuch bei Stuttgart zum Gedächtnis des im Dienste tödlich verunglückten Oberbannführers Wilhelm Reth von Blaurenen als Wilhelm-Reth-Schule benannt und gleichzeitig die Arbeit der Schule im neuen Jahre aufgenommen. Zu der Feier hatten sich zahlreiche Gäste, darunter Reichsstatthalter Murr, Oberregierungsrat Dr. Drück, Gebietsführer Waha, die Mutter des verunglückten Hitlerjugendführers Reth und zahlreiche Hitlerjugendführer eingefunden. Nach Eröffnungsworten von Gebietsführer Waha hielt Reichsstatthalter und Gauleiter Murr die Rede, in der er Wilhelm Reth als Vorkämpfer des Nationalsozialismus feierte. Nach seiner Rede fiel die Hälfte von einer Namenstafel und dem lebensgroßen Bildnis des verunglückten Hitlerjugendführers. Unterbannführer Kiegraf gelobte im Namen seiner Kameraden, stets im Geiste Wilhelm Reths zu wirken und immer treu zur Fahne zu stehen.

Stuttgart, 10. Jan. (Verhaftung.) Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Von der Polizei wurde ein Vater des Christkönigheims der Gesellschaft Jesu in Pfenningen unter dem dringenden Verdacht des sittlichen Vergehens an Jugendlichen in Haft genommen und dem Richter vorgeführt.

Tübingen, 10. Jan. (Opfer des Glatteises.) Dieser Tage stürzte ein hiesiger Handwerksmeister zweimal in Folge Glätte. Zu Hause angelangt, klagte er über heftige Kopfschmerzen und verlor alsbald die Besinnung. In der Chirurgischen Klinik, in die er auf ärztliche Anordnung gebracht werden mußte, ist er gestorben.

Neutlingen, 10. Jan. (449 Erbhöfe im Bezirk Neutlingen.) Nach den im Erbhöfegericht festgelegten Voraussetzungen wird es im Oberamtsbezirk Neutlingen insgesamt 449 Erbhöfe geben. Die Gesamtfläche dieser Erbhöfe umfaßt 5801 Hektar bei einer gesamten landwirtschaftlichen Fläche von 20 946 Hektar. Die Betriebe zwischen 5 und 100 Hektar, die den stärksten Anteil an den Erbhöfen stellen, umfassen zusammen 29 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche.

Göppingen, 10. Jan. (Autozusammenstoß.) Am Mittwoch ereignete sich auf der Staatsstraße Göppingen-Stuttgart, etwa 50 Meter oberhalb des Bumpers Fahrndau, ein schwerer Autozusammenstoß. Ein von einer Dame gesteuerter Personenkraftwagen aus Stuttgart hatte zwei Radfahrer überholt, als zur gleichen Zeit aus entgegengekehrter Richtung ein mit 4 Personen besetzter Ulmer Kraftwagen kam. Auf der stark vereisten Straße kam der Stuttgarter Wagen beim Ausweichen ins Schleudern und fiel mit voller Wucht auf das Ulmer Fahrzeug auf. Sämtliche Insassen der beiden Fahrzeuge wurden mehr oder weniger erheblich verletzt. Von ihnen mußte ein aus Paris auf Besuch weilender Herr Faber aus Stuttgart und ein Musikdirektor aus Ulm ins Bezirkskrankenhaus Göppingen eingeliefert werden.

Göppingen, 10. Jan. (Ein raffinierter Junge.) Die Eindreherdiebstähle im hiesigen Oberamt sind fast zu einer Landplage geworden. Schon wieder ist in einem Gasthaus in Bötlingen eingebrochen worden. Offenbar sollte der immer noch unbekanntes Dieb seinen Beutezug fort, denn in der Nacht zum Montag suchte er dann noch ein Gasthaus in Reckbergshausen heim. Anschließend aber war es ihm hier noch nicht sicher genug, denn nach Einsteigen durch ein Fenster, das gewaltsam geöffnet wurde, verschwand er unter Mitnahme eines fast neuen Herrenschrades, mit dem er nach Bartenbach fuhr, um dort einem weiteren Gasthaus einen Besuch abzustatten. Nachdem er dann dort weitere Beute gemacht hatte, ließ er das in Reckbergshausen gestohlene Fahrrad hinter dem Wirtsgelände stehen und stahl bei einem gegenüberliegenden Wagner ein anderes Fahrrad, mit dem er dann verschwand. Trotz sorgfältiger Nachforschungen ist es immer noch nicht gelungen, des raffinierten Eindrehers habhaft zu werden.

Kirchberg a. d. J., 10. Jan. (Das erste BdM-Arbeitslager.) Nach Ueberwindung großer Schwierigkeiten ist es gelungen, das herrlich gelegene Kinderheim Wisklau bei Kirchberg a. d. Jagst für den BdM Württemberg zu gewinnen. Neben Landwirtschaft und Gartenbau erlernen die Mädchen auch Säuglings- und Kinderpflege.

Hall, 10. Jan. (Halls Programm für 1934.) In einer Sitzung des Vereins Alt-Hall und der Verkehrsmission wurde das Programm für 1934 besprochen. Wie Stadtvorstand Dr. Prinzinger erklärte, sollen die Pflanz- und Freilichtspiele in diesem Jahre in vorrätigem Maße

Fortsetzung Hinden. Vorgesehen ist neben „Jedermann“ ein Luther-Schauspiel u. a. Es wurde auch der Plan erörtert, auf der Comburg, die eine ideale Freilichtbühne besitzt, in einem erweiterten Sommertheaterplan Freilichtspiele aufzuführen.

Niedlingen, 10. Jan. (80. Geburtstag.) Am 11. Januar wird Pfarrer a. D. Karl Birkhofer-Dietelhofen in Niedlingen, zuletzt Pfarrer in Mühlhausen im Waldsee, 80 Jahre alt. Er konnte bereits im Jahre 1928 sein goldenes Priesterjubiläum begehen.

Ertingen, 10. Jan. (Unfall beim Holzfällen.) Am Dienstag geriet der Sohn des Adolf Lutz hier beim Holzfällen unter eine fallende Tanne. Er erlitt einen dreifachen Beinbruch, sowie einen Armbruch.

Reupolz, 10. Jan. (Erhängen.) Der 28 Jahre alte Sohn Josef des Bauern Jos. Blattner in Merken hantierte mit einem alten Vorderladerstrotzgewehr, das sich am Tag zuvor nicht entladen hatte. Dabei scheint der Schuss sich unversehens gelöst zu haben, der den unglücklichen Schützen in den Kopf traf und seinen plötzlichen Tod herbeiführte.

Friedrichshafen, 10. Jan. (Reiseverkehr in die Schweiz.) Seit dem Wegfall des Schiffsverkehrs hat insbesondere der Winterverkehrsverkehr von Oberschwaben über den Bodensee nach der nahen Schweiz einen beachtenswerten Aufschwung genommen. In den letzten Tagen wurden auf manchen Schiffsturen hundert und mehr Reisende nach Norzhafen oder Romanshorn befördert.

Gerlingen, 10. Jan. (Am Glück vorbei.) Eine hiesige Frau, die ein Biertel in der Klassenlotterie spielte, hat 20 000 RM. gewonnen; richtiger gesagt, sie hätte sie gewonnen, wenn sie den Einsatz rechtzeitig bezahlt hätte.

Stöckheim, 10. Jan. (Folgen eines Steinwurfs.) Das 9 1/2-jährige Töchterchen des Wilhelm Römmele hier wurde vor etwa 14 Tagen durch einen Steinwurf am Kopf so schwer verletzt, daß es in der Nacht zum Dienstag sein junges Leben aushauchte.

Altensteig, 10. Jan. (Der neue Bürgermeister.) Der seit herge stellvertretende Bürgermeister, Verwaltungsaktuar Christian Kalmbach, wurde definitiv zum Bürgermeister von Altensteig ernannt.

Schellings, 10. Jan. (Wiederaufnahme der Arbeit.) Die Bauarbeiten in der hiesigen Zementfabrik, die seit zwei Jahren ihren Betrieb eingestellt hat, schreiten rüstig vorwärts. Annähernd 100 Arbeiter finden dort zur Zeit Beschäftigung. Bald werden auch die Maschinen wieder in Betrieb gesetzt werden.

Meldungen für den Auslandschuldienst. Nach einem Erlass des Württ. Kultministeriums ist zur Zeit ein gewisser Bedarf an Lehrern für Auslandsschulen vorhanden. Tüchtige und gesunde männliche und weibliche Volksschullehrer und Studienassessoren, die mit Überzeugung auf dem Boden des neuen Staates stehen, haben deshalb Gelegenheit, sich zu melden. Die Meldungen um Verwendung im Auslandschuldienst sind grundsätzlich an das Auswärtige Amt in Berlin zu richten und auf dem Dienstweg über das Kultministerium vorzulegen. Sie müssen als Beilage zu der Meldung selbst, in der auch besondere Wünsche vorgebracht werden können, je in doppelter Ausfertigung einen ausführlichen Lebenslauf, beglaubigte Abschriften der Prüfungsgewinne, ein amtärztliches Zeugnis (womöglich mit Bestätigung der Tropendienstfähigkeit) und ein Lichtbild enthalten.

Ein Wunderwerk der Firma Magirus

Ulm, 10. Jan. Das neueste Wunderwerk der Firma Magirus ist der Katastrophenhilfszug „Bäger“. Bei der Firma Magirus in Ulm haben die Pläne und Ideen des Landesführers der N.S. Volkswohlfahrt Bayern, des Sturmbannführers Seidler, des geistigen Urhebers des Katastrophenzugs, begeisterte Aufnahme gefunden. Durch eine restlose Anpassung des gesamten Werkbetriebs hat die Firma eine Großleistung vollbracht, die auf neue ihren Ruhm über die Grenzen unserer Heimat tragen wird. Der Hilfszug besteht aus einer vollständigen Anlage für Verpflegung, die in der Lage ist, 30 000 warme Verpflegungsportionen und außerdem noch 10 000 Liter heißen Tee oder Kaffee innerhalb von 24 Stunden zu erzeugen. Diese gewaltige Anlage wird vor allem bei Massenaufmärschen unentbehrliche Dienste leisten. Zu der Verpflegungsanlage gesellt sich eine Großkücherei und eigene Kühlanlage. Ihre sinnigste Ergänzung findet die Wagenkolonne durch eine auf modernste Weise ausgestattete sanitäre Anlage, bestehend aus Operations-, Lazarett- und Reservewagen. Darüber hinaus ist dem Zug ein besonderer Wagen mit kompletter Werkstatteinrichtung angeschlossen, wodurch ermöglicht wird, nicht nur sämtliche vorkommenden Reparaturen bei Unfällen durchzuführen sondern auch bei Naturkatastrophen und großen Unglücksfällen wie Großbränden, Grubenunglücken, Eisenbahnzusammenstößen usw. wirksame Hilfe zu bringen. Wenn auch schon bisher die Reichsbahn ähnliche Hilfszüge in Betrieb hatte, so ist ihnen die neue Einrichtung, ganz abgesehen von den technischen Neuerungen, doch dadurch schon weit überlegen, daß sie nicht an Schienenstränge gebunden ist, sondern als frei beweglich auf der Landstraße Geschwindigkeit von 60 bis 85 Kilometer erreichen kann. Jedes Ziel kann so durch in kürzester Frist erreicht werden.

Der Rangenauer Mordfall aufgeklärt

Ulm, 10. Jan. Wie schon kurz berichtet, wurden zu der Gastwirtschaft zur „Germania“ die Besitzerin, die 45 Jahre alte Gastwirtin Magdalena Braun, deren Gatte vor zwei Jahren durch einen Motorradunfall ums Leben kam, und der 25 Jahre alte Fabrikantensohn Ernst Ostertag von hier am Montag früh tot aufgefunden. Die Gerichtskommission stellte gestern folgendes fest: Ostertag, der mit der Witwe Braun ein Verhältnis unterhalten hatte, befand sich am Sonntag abend in der Wirtschaft, erkannte sich später, kam aber in der Nacht wieder und betrat das Haus, auf einer Leiter in das Schlafzimmer der Witwe steigend. Hier erschoss Ostertag die eingeschlafene Frau mit einem Stilet, das er nach der Tat im Bett versteckte. Man nimmt an, daß der Täter in geistiger Unmachtung handelte. Nach der Tat entnahm er seinem Mantel eine Pistole und erschoss sich. Obgleich der Schuss gegen 5 Uhr früh gehört wurde, fand man die beiden Toten erst im Laufe des Vormittags auf. Da keine anderen Beweggründe zu der unseligen Tat festgestellt werden konnten, wird angenommen, daß der Täter in plötzlich ausgetretenem Wahnsinn gehandelt hat. Vorgeschundene Briefe und das vorläufige Fehlen des Messers lenkten den Verdacht zunächst auf eine falsche Spur.

Die Vorfahren von Rudolf Heß aus Neuffen gebürtig

Neuffen im Nürtingen, 10. Jan. Es dürfte wohl nur wenig bekannt sein, daß der Stellvertreter des Führers, der neue Reichsminister Rudolf Heß, ein Schwabe ist und aus Neuffen stammt. Sein Großvater war der Weingärtner Georg Konrad Heß, der seinerzeit nach längerem Aufenthalt in Polatino wieder hierher zurückkehrte und im Jahre 1910 hier starb. Der Vater des Ministers, der nicht mit seinem Vater nach Neuffen zurückkehrte, sondern sich in Ägypten festsetzte, war dort Mühlen- und Maschinenfabrikbesitzer. Die Eltern, die heute noch am Leben sind, waren öfters hier zu Besuch.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Festnahme des Traunsteiner Stadtpfarrers. Der Stadtpfarrer von Traunstein, Geistlicher Rat Joseph Siegle, wurde auf Veranlassung der politischen Polizei zu seiner persönlichen Sicherheit in Schutzhaft genommen, da er durch seine Predigt am Dreikönigstage eine tiefe Empörung in der Traunsteiner Bevölkerung hervorgerufen hatte.

300 Todesopfer der politischen Kämpfe in Spanien 1933. Die Abendzeitung „La Nacion“ berichtet, daß in den politischen Kämpfen des Jahres 1933 in Spanien 300 Personen getötet und 500 schwer verletzt wurden. 753 Bombenerplosionen haben stattgefunden und 1282 Bomben konnten von der Polizei beschlagnahmt werden.

14 Todesurteile in Kabul vollstreckt. In Anwesenheit des Kriegsministers sind die wegen des Mordanschlags gegen Nadir Schah zum Tode verurteilten 14 Personen hingerichtet worden. Unter den Hingerichteten befinden sich der Vater, der Onkel und einige Freunde des Mörders Abdul Khalil.

Heliumfunde bei Debreczin. Nach einer Blättermeldung aus Debreczin sind in der Umgebung der Stadt Erdgasstellen entdeckt worden, die auch ansehnliche Mengen von Helium ergeben haben sollen. Helium wurde bisher nur in Amerika gefunden. Wegen seiner Explosionsicherheit wird es vorzugsweise als Füllgas für Luftschiffe verwendet.

London wieder im Nebel. Außergewöhnlich dichter Nebel führte am Dienstag wiederum zu mehreren schweren Verkehrsunfällen, bei denen drei Personen getötet und über 15 verletzt wurden.

Autobus in eine Schlucht gestürzt. Wie aus Fez gemeldet wird, stürzte ein Autobus bei Ain-Deida in eine tiefe Schlucht. Zwei Fahrgäste kamen ums Leben; vier wurden sehr schwer und 18 leichter verletzt.

Das verunkelte Touffimauto geborgen. Der Seehausener Feuerwehrturm ist es gelungen, das in den Staffelsee eingebrochene und untergegangene Aufnahmeauto der Fotofilmsellschaft ziemlich unverletzt zu bergen.

Große Verurteilungen. Nach einer Mitteilung der Justizpressestelle Berlin ist der frühere Berliner Rechtsanwalt und Notar Max Goldblüder festgenommen und in das Untersuchungsgefängnis überführt worden. Goldblüder hat nach eigenem Geständnis von einem ihm zur Verwaltung anvertrauten Nachlaß mindestens 30 000 RM. widerrechtlich für persönliche Zwecke verwandt. Ferner ist auch gegen den früheren Rechtsanwalt und Notar Dr. Friedrich Bieber ein Ermittlungsverfahren wegen Veruntreuung von Mandantengeldern in Höhe von 35 000 RM. eingeleitet worden. Bieber wurde ebenfalls festgenommen.

Reichssportführer von Tschammer und Osten wird dem am Sonntag in Frankfurt a. M. stattfindenden Fußball-Länderspiel Deutschland-England beiwohnen. Am Vormittag des Spieles findet im historischen Römer ein Empfang der Gäste durch die Stadt Frankfurt statt.

Drei Kinder das Opfer ausströmender Kohlenoxydgase. In dem Dorf Thurovken im Kreis Osierröde ereignete sich ein furchtbares Unglück. Die Frau des Besitzers Golombiewski hatte den Ofen im Schlafzimmer ihrer Kinder geheizt und die Dienklappe zu früh geschlossen. Im Laufe der Nacht bildeten sich Kohlenoxydgase, wodurch die drei im Alter von 5, 14 und 18 Jahren stehenden Kinder vergiftet wurden. Als die Mutter die Kinder wecken wollte, waren diese bereits tot.

Druck- und Verlag: Buchdruckerei und Setzungsverlag Wildbader Tagblatt, Wildbader Tagblatt, Wildbad im Schwarzwald (Süd. Td. Bad) D. M. L. Nr. 78

Einzug der Umsatzsteuer für das IV. Vierteljahr 1933
vom Freitag, den 12. bis Montag den 15. Januar 1934, je zu den üblichen Geschäftszeiten auf dem Rathaus, Zimmer Nr. 4.
Bürgermeisteramt.

Steuer-Einzug.
Die Grund-, Gebäude-, Gebäudeerschuldungs- und Gewerbesteuern für Monat Januar 1934 werden am **Freitag, den 12. Januar 1934** vormittags 10 bis 12 Uhr und nachmittags 2 bis 6 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses zum Einzug gebracht. Ferner wird an die Bezahlung der rückständigen öffentlichen Abgaben (z. B. Wasserzins, Feuerwehrabgabe, Einwohnersteuer, Bürgersteuer, Brandschadenumlage, Hundesteuer) erinnert.
Wildbad, den 11. Januar 1934 Stadtkasse.

Ev. Volksschule Wildbad.
Die Anmeldung der Schulkinder findet statt am **Montag, 15. Januar 1934, von 10-12 Uhr** im Vertretungszimmer der Wilhelmschule. Impfscheine sind mitzubringen.
Zum Schulbesuch im neuen Schuljahr sind diejenigen Kinder verpflichtet, die bis zum 31. März d. J. das 6. Lebensjahr vollendet haben, also vor 1. April 1928 geboren sind. Schulpflichtige, aber noch nicht schulpflichtige Kinder, die bis jetzt vom Schulbesuch zurückgestellt waren oder im neuen Schuljahr zurückgestellt werden sollen, sind ebenfalls an diesem Tage vorzustellen.
Ev. Volksschulrektorat.

Am Freitag, den 12. Januar 1934, abends 8 Uhr, im Musiksaal der Wilhelmschule
Bach-Feierstunde
Organist Emanuel Nowotny aus München
spielt Klavierwerke des Meisters.
Zur Deckung der Selbstkosten wird gebeten, um Einlage freiwilliger Geldspenden in den Sammelbehälter!

ECKE METZGER- & BLUMENSTRASSE

Mit Geschmack gekleidet sein - heißt Mäntel und Kleider tragen aus dem Spezialhaus **C. Berner** PFORZHEIM

nur
Ecke Metzger- und Blumenstraße

Druckarbeiten

FÜR PRIVAT:	Besuchskarten Verlobungs- und Hochzeits-Karten Trauerkarten und -Briefe
FÜR HANDEL-GEWERBE-INDUSTRIE:	Briefbogen, Rechnungen Quittungen, Prospekte Wein- und Speisekarten Lieferscheine, Rundschreiben
FÜR VEREINE:	Mitgliedskarten Eintrittskarten Programme, Satzungen Festbücher, Liedertexte usw.

Verlangen Sie Preisangebote

liefert kurzfristig und in sauberer Ausführung

Wildbader Tagblatt

W.V.W. „Bellofa“
Morgen Freitag nachm. 5 Uhr

Frische Geefische
in bester Qualität:
Kabliau
Schellfisch
Rotzungen
Merlan
Grüne Seringe
sowie
frisches Ragout
Pfd. 50 Pfg. empfiehlt
Ed. Blumenthal
Telefon 264.

Wer fährt mit?
Zu einer **Autofahrt nach Neulingen - Tübingen** am **Samstag, den 13. Januar**, werden noch 1 oder 2 Teilnehmer gesucht. Anmeldungen wollen bei der Tagblatt-geschäftsstelle gemacht werden.

Eine **kleine Anzeige ist besser als keine Anzeige**

Zur Ausnützung d. h. maschinellen Fabrikation werden einige oder mehrere Kommanditisten mit Beträgen von M. 2500.— M. 5000.— u. M. 10000.— gesucht. Das Unternehmen wird auf solider Grundlage aufgebaut u. ist bestimmt ausichtsreich, da kolossale An- u. Verwendbarkeit vorhanden ist. Kein Zugussartitel. Die Anteile sollen von 20% zu 20% einbezahlt werden und erst wösend sein, wenn die erste automatische Fabrikationseinrichtung beschafft werden kann, bezw. beschafft worden war. Mit Bestimmtheit kann gesagt werden, daß bisher noch nichts von so bedeutender Umwälzung und unbegrenzter Verwendbarkeit für die Holz-, Cellulose-, Blechwaren-, Metallwaren-, Alpaca-, Silber-, Dublee, Gold-, sowie Tritotagen, Damen- und Herren-Konfektion, Schuhwaren, Lederwaren und Metallbranche, auf diesem Gebiet erfinden wurde. Erwünscht ist tüchtiger Jurist, der im Gründungsweesen, sowie im Patentsach-Erfahrung besitzt, bezw. nachweisen kann. Ebenso unbedingt gew. erfahrener Kaufmann mit Bank- d. h. Finanztechnischen Kenntnissen, der mehrere Sprachen in Wort und Schrift beherrscht. Grundbedingung unbedingte nationalsozialistische Einstellung, da das Unternehmen in diesem Sinne aufgezogen werden soll. Angeb. unt. Nr. C. K. 6 an Otto Rieder's Anzeigen-Büro Pforzheim.